

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 241

Donnerstag, den 14. Oktober 1920

11. Jahrgang

Diktat der Wiedergutmachung?

Englands Nachgeben um Genf.

Brüssel, 13. Okt. „Libre Belgique“ veröffentlicht eine Information aus London, wonach der gegenwärtig in London weilende belgische Ministerpräsident de la Croix heute nachmittag erklärt habe, er glaube bei der englische Regierung hinsichtlich der Wiedergutmachung der Kriegsschäden einen vollständigen Erfolg erzielt zu haben. Die Genfer Konferenz werde nicht stattfinden. Der internationale Wiedergutmachungsausschuss werde die Deutschen zu Erklärungen und Vorschlägen hören und anstatt souverän werde er an die verschiedenen beteiligten Regierungen Bericht erstatten, welche dann eine Konferenz anberaumen würden, der sich dann Frankreich und England anschließen. Diese würde dann demnächst in Brüssel stattfinden.

Danach wäre es den vereinten Bemühungen der Franzosen und Belgier gelungen England zu Aufgabe der Genfer Konferenz zu bewegen. Deutschland wird also trotz der Spaer Zusage nicht als Gleichberechtigter geladen werden, sondern nur gnädigst gehört werden. Für die weitere Entwicklung der Wiedergutmachungsfrage ist dieser Erfolg der französischen Politik für Deutschland kein günstiges Omen.

Im übrigen handelt es sich, wie der „Vorwärts“ zu der Meldung, daß die Genfer Konferenz nicht stattfinden werde, treffend schreibt, um einen Vorbruch schlimmster Sorte. Denn Deutschland habe in Spa vom Obersten Rat die mündliche Zusage erhalten, daß die Frage der Wiedergutmachung auf einer Konferenz in Genf erörtert werden würde. Deutschland werde sich dann aber auf den Friedensvertrag berufen können, der die Festlegung der Entschädigungssumme durch die Wiedergutmachungskommission erst am 1. Mai 1920 vorsehe.

Nach Meldung des London „Daily Telegraph“ soll auch Deutschland wie alle anderen Staaten durch zwei Delegierte auf der Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz vertreten sein, die alle Freiheiten genießen werden. Die Konferenz wird nach Anhörung der Deutschen einen Beschluß fassen, der den Regierungen zugestellt wird. Der Oberste Rat der Alliierten wird nach Kenntnisnahme des Berichtes die Form der Wiedergutmachungsbedingungen endgültig festlegen. Dabei kann er deutsche Staatsmänner oder Sachverständige zur Erläuterung zweifelhafter Punkte zuziehen.

Wie der Pariser „Matin“ berichtet, glaubt man auch, daß der Vertreter Amerikas an den Verhandlungen teilnehmen werde, die in Brüssel stattfinden sollen. Einem Vertreter des „Matin“ sagte der belgische Ministerpräsident De la Croix, daß die jetzige Konferenz die Fortsetzung der Konferenz von Spa sei. Man müsse sich darüber auch mit der fünften Macht Deutschland verständigen.

Järtens Entscheidung.

Klagenfurt, 13. Okt. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist zusammen für Oesterreich 21 852, für Jugoslawien 15 096 Stimmen, also 59,14 Prozent der Stimmberechtigten haben für Oesterreich gestimmt. In den Straßen der Stadt herrscht erhebliche Aufregung, fast alle Häuser sind besetzt. Von den umliegenden Höhen tönen Böllerschüsse. Die Glocken läuten.

Die Mehrheit für Oesterreich wäre sicherlich noch größer gewesen, wenn die Jugoslawen nicht mit furchtbar falscher Propaganda gearbeitet hätten. Immerhin wird sich das deutsche Oesterreich dennoch des Erfolges freuen können.

Die internationale Arbeiterfrage.

Genf, 13. Okt. (W. I. B.) Albert Thomas, der Präsident des internationalen Arbeitsamtes hat am Mittwoch Genf verlassen, um sich nach Paris und darauf nach Berlin, Warschau und Prag zu begeben. Er wird in diesen Hauptstädten mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Verbindung treten, um sich mit der deutschen, polnischen und tschecho-slowakischen Regierung über die Ratifikation und Anwendung der Washingtoner Beschlüsse auszusprechen.

Nachdem Deutschland auf der Washingtoner Regierungskonferenz über die Arbeiterfrage nicht wahrheitsgemäß zugelassen war, ist es allerdings eigenartig, daß der Südbote des durch den Völkerbund begründeten internationalen Arbeitsamtes auch nach Deutschland kommen will.

Der sächsische Elektrizitätsarbeiterstreik.

Dresden, 13. Okt. (W. I. B.) Nachdem der Schiedsgericht des Dresdener Schlichtungsausschusses zugunsten der Gemeindearbeiter ausgefallen ist, sind, wie bereits gemeldet, am Montag Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in Dresden und Leipzig in den Streik getreten, während die Chemnitzer Arbeiter bereits am Sonnabend die Arbeit niedergelegt

hatten. Die übrigen städtischen Betriebe arbeiten in der bisherigen Weise weiter. Durch den Streik in den Elektrizitätswerken und Gaswerken sind Straßenbahnen, zahlreiche Fabriken und sonstige Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. Die gestern und heute geführten Einigungsverhandlungen verliefen ergebnislos, so daß mit einer längeren Dauer des Streiks gerechnet werden muß.

Völkerbund und polnisch-litauischer Konflikt.

London, 13. Okt. Einer Neutermeldung zufolge wird bei der am 20. Oktober in Brüssel stattfindenden Tagung des Rates des Völkerbundes u. a. die Aufstellung eines Programmes, nach dem die Bewaffnung der verschiedenen kleinen Staaten, die dem Völkerbund beitreten wollen, beschränkt wird, besprochen; desgleichen die Schaffung eines Planes für eine Finanz- und Wirtschaftsorganisation, die die Vorschläge der Brüsseler Konferenz behandeln soll und außerdem das Budget für 1921. Littonie wird einen Entwurf für internationale Aufsicht der monopolisierten Rohstoffe einbringen. Wahrscheinlich wird auch die polnisch-litauische Streitfrage zur Verhandlung kommen.

Der Wilnaer Zwischenfall.

In einer Note des polnischen Außenministers Sapieha an die litauische Regierung hat die polnische Regierung erklärt, daß die Besetzung Wilnas ohne Befehl der polnischen Heeresleitung erfolgt sei, und dafür ausschließlich der Kommandant der litauisch-polnischen Division, Selskowski verantwortlich sei. Um über die Weiterführung der festgesetzten Demarkationslinie mit einem Bogen um Wilna herum nach Osten zu verhandeln hat die polnische Regierung litauische Delegierte nach Orang eingeladen.

Die litauische Regierung soll, wie die „D. Z.“ auf Grund einer United-Telegraph-Nachricht zu melden weiß, dem Staatsdepartement in Washington einen Protest gegen die Besetzung Wilnas überreicht haben. Litauen beschuldigt in diesem Einspruch Polen der absichtlichen Verletzung des vor dem Rate des Völkerbundes geschlossenen Abkommens. Gleichzeitig teilt Litauen mit, daß es die Demobilisation befohlen habe.

Die Schweiz hort des Völkerbundes.

Genf, 13. Okt. (W. I. B.) Das Sekretariat des Völkerbundes wird Ende Oktober seinen Sitz nach Genf verlegen. Auf den Sitz des Völkerbundes kommt es allerdings weniger als auf seine Tätigkeit an und wird es immer noch fraglich sein, ob die neutrale Politik der Schweiz einen guten Einfluß ausüben kann. Wenn englische Erzbischöfe die Geistlichen angewiesen haben, in allen Kirchen Englands am Sonntag, den 14. November, besondere Gebete für den Völkerbund zu verlesen, so scheint dies in Anbetracht der Sünden des Ententevölkerbundes auch sehr notwendig zu sein.

Wirren in Rußland?

Hartnäckig erhalten und wiederholen sich die Meldungen über innere Zusammenstöße in Rußland. So bestätigt der Berichterstatter von „Aftonbladet“ die kürzlich verbreitete Nachricht von antisowjetischen Kundgebungen in Moskau. Die Arbeiter einer großen Anzahl von Fabriken hätten antisowjetische Versammlungen abgehalten. Die Sowjetregierung geht immer erbitterter vor. Sie habe die militärischen Patrouillen in Moskau bedeutend verstärkt. In der Nähe der Stadt fanden beträchtliche Truppenzusammenziehungen statt. Es soll bereits zu Kämpfen gekommen sein.

Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen.

Beilegung des Berliner Zeitungstreiks.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Großberliner Zeitungsgewerbes Verhandlungen statt. Diese Verhandlungen haben nach sehr zähem Verlauf durch beiderseitiges Entgegenkommen zu einer Einigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der beteiligten Verbände und Gewerkschaften, die am Donnerstag vormittag erwartet wird. Man wird mit der Aufnahme der Arbeit rechnen.

Englands Opfer im Trenkrieg.

London, 13. Okt. (W. I. B.) Nach Dubliner Meldungen beliefen sich die Verluste des Militärs in Irland vom 1. Januar bis zum heutigen Tage auf 49 Tote und 66 Vermisste. Trotzdem hat aber England bisher keine Besserung der irischen Lage erzielen können. Ein Einlenken wie es Asquith vor wenigen Tagen vorschlug, würde England diese Opfer sicherlich ersparen.

Der deutsche Parteitag in Kassel.

Bei Eröffnung der 1. Sitzung des Parteitages übermittelte zunächst der Vertreter der holländischen Sozialdemokratie, Genosse W. Liegen, Amsterdam, die herzlichen Grüße der holländischen Sozialdemokratie, zugleich auch im Namen des durch den Poststreik in Holland festgehaltenen Genossen Troelstra. Ich habe, so fährt er weiter aus, nicht den Mut, Ihnen Grüße des deutschen Kaisers zu bringen. (Große Heiterkeit.) Wir werden ihm nicht vor, daß er gekommen ist, sondern daß er zu spät gekommen ist. (Erneute Heiterkeit.) Wäre er zehn Jahre früher gekommen, wäre es viel besser für Euch und die Welt gewesen. (Sehr gut!) In der holländischen Partei haben wir, abgesehen von einer kleinen Gruppe Kommunisten, einseitlich zusammengelassen. Die Bedingungen von Moskau sind uns nicht zugegangen, wir hätten auch keine angenommen. Ullgen mahnt dann zur Eingetilt des deutschen Proletariats, die für die ganze Welt und die Zukunft von allergrößter Bedeutung sei. Das Wort von Karl Marx „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ist keine Phrase, sondern das höchste Zielgebot. Ihr habt einen großen Schritt vorwärts getan mit der Gründung der deutschen Republik. Das ist die größte Erregung des letzten Jahrhunderts, wenn sie dauerhaft ist und sich gut entwickelt.

Vorsitzender Hermann Müller dankt der holländischen Sozialdemokratie für ihre wertvollen Leistungen für die Internationale und begrüßt die Vertreter Georgijens.

Den Bericht des Parteivorstandes

erhielt der Parteivorstand Genosse Weiss: Der Jahresbericht zeigt ein Bild erfolgreicher Arbeit. Das ist das Verdienst der Parteigenossen, die in unerwarteter Arbeit im Werkstätten und Fabriken trotz härtesten Terrors unerschrocken um die Bedingungen an Leib und Leben und wirtschaftlicher Freiheit der Sozialdemokratie treu geblieben sind. (Beifall.) Wir können auf eines der fruchtbarsten Jahre im Leben der Sozialdemokratischen Partei zurückblicken. Wir haben unsere Zeitungen nahezu verdoppelt und besitzen 113 eigene Erdereilen organs 55 im Vorjahre. Wir haben auch den Zentralkomitee organisiert. Der Redner vertritt dann den Parteivorstand gegen die Vorwürfe wegen der Haltung in der Regierungspolitik, wie sie vor allem von Gemüht aus erhoben wurden. In des Kabinett Scheubach eingetreten haben wir als. Mit mangelnder Initiative sind wir erblich belastet, denn auch Rebel und Finger ist dahinter dieser Vorwurf macht worden. Dabei haben wir viel schwerer Fußhaben zu über, als in der rein agitatorischen Periode. Freilich müssen auch die Minister in ihrer Amtszeit häufiger als bisher in das Rost gehen, nicht nur vor den Wahlen. (Sehr richtig!) Weiss kommt dann auf die vergeblichen Versuche zu sprechen, zu einer Einigung mit den Unabhängigen zu kommen und erklärt die allgemeine Verwirrung, die sich in allen unabhängigen sozialistischen Verbänden kundtut. Er macht die kapitalistische Gesellschaftsordnung verantwortlich für den Krieg und seine Folgen. Eine Gesellschaftsordnung, die dieses Elend, diese Hölle von Leiden, diese Not der Frauen und Kinder auf dem Gewissen hat, verdient verflucht zu werden. Kommunisten und Unabhängige, die früher am lautesten nach der Unterschrift unter den Friedensvertrag geschrien haben, drohieren heute den Krieg an Rhein an der Seite der Bolschewiken gegen die Entente. Die Kriegspolitik der Völkerbund, die die Revision des Versailler Vertrages, die in der Welt zum Schlachtfeld von Europa, weist die deutsche Arbeiterklasse in den Arm und bezieht den deutschen Sozialismus zur Einstimmigkeit. (Sehr wahr!) In dem was dieser Tage ein Weltkongress der Kommunisten stattfand. Seinen Höhepunkt erreichte er als Einowjew den Heiligen Krieg ausrief und 1800 Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter stießen und den Schrei leiteten. Ich verheißte vom Jotom nicht viel, muß aber doch sagen: Was sich in dem Kongress abgepielt hat, mag Sozialismus sein, wie ihn Araber, Perser und Kurden verstehen, wissenschaftlich ist er nicht. (Sehr wahr!) Von dem was Einowjew nach Halle geschrien, um dort den Krieg gegen die wenigen demokratischen Unabhängigen zu predigen. Araber, Perser, Kurden und Araber sind reif für den Bolschewiken, Kautsky aber, der von diesen Dingen nichts versteht (Heiterkeit), soll in Halle in Acht und Bann getan werden.

Am der Spitze aller Fragen der deutschen auswärtigen Politik steht die Stellung zum Versailler Friedensvertrag. Mit dem Erkenntnis künftigen Vertragsstrens ist es nicht mehr getan. Wir fordern die Revision des Vertrages, der an Schweren gelehrt auf den Arbeiterklassen lastet. Er hat mit dem Selbstverleugern der Völk nicht gemein und ist kein Imperium des Friedens, wohl aber der Welt. (Beifall.)

Ich erwidere dem Herrn und Dame, die in der nächsten Redebeitragung der diplomatischen Vertretung und Energie auf Frankreich, des Antrags an Belgien und die künftigen Einwirkungen. Der treten ein für den Widerstand der deutschen Arbeit in Belgien und Frankreich. Man kann jedoch den Deutschland nicht umschließen. Unsere Aufgabe ist die durch eine aktive Politik allen künftigen Auseinandersetzungen vorzubeugen zu suchen. Nicht wegen, sondern trotz des Balkanens und nach Deutschland die Beziehungen zu Rußland aufzuheben.

Die letzten Reichstagsbeschlüsse haben den Rückgang des Geldgebrauchs, aber nicht Kapitalismus in gekommen. Es erweist an das Kapital. Von roten Kräfte macht sich ein neues deutsches Volkspartei. (Heiterkeit.) Nach den Wahlen aber hat diese Partei nicht Williges zu tun, als uns von Einseitigkeit der Regierung aufzufordern.

In der Wirtschaftspolitik handelt es sich um das Problem der Wiederaufbau des deutschen Industrie. Kapital haben wir, Kapitalisten und Imperialisten, die Banken und die Arbeiter

über. Auf der Höhe der einzelnen Nationen ist das Weltproblem nicht zu lösen, das ganze Problem des Wiederaufbaus der deutschen Industrie hängt in erster Reihe vom deutschen Arbeiter ab. Ohne die soziale vollständige Verstaatlichung des Kohlenbergbaus werden die Bergarbeiter nicht die notwendige Begeisterung und Arbeitslust aufbringen. Überhaupt hängt die ganze nationale Entwicklung unserer Wirtschaft ab von der Zusammenfassung der Produktion von Kohle und Eisen, von Stahl und Eisen, der Metallindustrie und des Bergbaus zu einem gemeinsamen Wirtschaftssystem. Wenn wir den Bergbau nicht international legalisieren werden wir international rechtlich isoliert, was uns und damit die deutsche Industrie zerstört. (Sehr wahr!) Die Sozialisten sind jetzt in die Hände der Staats- und unabh. Macht, deren Rückgang nur durch starke Arbeiterorganisationen verhindert werden kann. Ganz ähnlich die Arbeiter der Macht jetzt zur Unterstützung und Unterstützung. Das wichtigste Beispiel dafür bietet Rußland. Es herrscht dort die herrliche Freiheit und unerschütterliche Demokratie. Die kommunistischen Staatsbetriebe unterscheiden sich von kapitalistischen Betrieben nur dadurch, daß weniger Ordnung herrscht, daß über dem Arbeiter außer der Hungerpolitik auch noch die Inflation geschwungen werden. Wir erkennen keinen Betrieb als sozialistisch an, der sich nicht selbst auf freier Betätigung der Arbeiterorganisationen, auf Grundlage breiterer Demokratie, beruht. (Sehr wahr!) Zur Lösung der Wohnungsfrage müssen die Sozialisten die Wohnungsfrage national und international lösen. Die Wohnungsfrage ist nicht nur eine soziale, sondern eine politische Frage. Die Wohnungsfrage ist nicht nur eine soziale, sondern eine politische Frage. Die Wohnungsfrage ist nicht nur eine soziale, sondern eine politische Frage.

Der Bericht über Organisation und Arbeit

schloß die Partei: Trotz der Krisenlage, die uns die Unabhängigkeit andrückt, ist die Organisation im letzten Jahre um 1000 Mitglieder oder 15% Prozent gewachsen. Die U. S. P. hat geschloß nicht die Hälfte unserer Mitglieder. (Sehr wahr!) Durch die Parteipolitik sind wir die politischen Querulanten und Störherde, welche die anderen Parteien verletzen. Der Rückgang in der Zahl der organisierten Frauen um 1000 legt uns die Pflicht auf, die Agitation unter den Frauen zu verstärken. Die Erhöhung der Beiträge ist allerdings als unvermeidlich erkannt. (Sehr wahr!) Hochmarken bitten wir abzulehnen, ebenso den zwar gut gemeinten, aber schwer ausführbaren Vorschlag, die Beiträge nach dem Einkommen der Mitglieder zu stellen. In der Zusammenkunft des Parteivorstandes haben einige Veränderungen stattgefunden. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Arbeiter und die Zentralstelle für Parteimagazine haben sich bewährt. Viele Blätter wurden neu gegründet, nicht aber alle sind lebensfähig. Hoffentlich ist die Krise im Zeitungsgewerbe bald überwunden. Der Kostenbericht zeigt zum erstenmal wieder einen Ueberschuß von 222.850 RM. 60.600 RM. hat die Reichstagsfraktion und 90.000 RM. die Preussische Landtagsfraktion der Partei abgeworfen. Die Erbringung für die letzten Reichstagswahlen wird erst im nächsten Jahr erscheinen. Eine sechsstellige Zahl wird allerdings nicht ausreichen. Der diesjährige Kostenbericht bedeutet eine große Ersparnis nach den Zahlen der letzten Jahre. Wir müssen für Neuwahlen gerüstet sein. Das beste Geschäft unserer Organisation ist die Stärke unserer Partei. (Sehr wahr!)

Die U. S. P. (Frankfurt a. M.) erhielt den Bericht der Kontrollkommission. Bei der Revision sind die Parteikasse, das "Vorwärts"-Unternehmen und der Betrieb hier in Stuttgart in bester Ordnung gefunden worden. Für die Aufsicht über den Vorstandsbericht sind 34 Richter zum Wort gemeldet. Die Rechnungsprüfung wurde vom Vorsitzenden Schridemann eröffnet. In der Diskussion sprachen u. a.:
Kommunisten: Einzig wichtig bei den Kontrollarbeiten ist verständlich, daß die Zahlen keine Zeit nach dem Zusammenbruch der Reichstagsfraktion hatten. Ich bitte, den nächsten Kampf nicht zu übersehen, den wir in Süddeutschland haben.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Sinden.
(Fortsetzung.)

Rehrmais lagte die Köhlerin zu ihrem Knecht: "Wir haben für den grandiosen Tag gearbeitet! Unser Bauwunder wird sich in die Erde legen, die Kinder werden ihr nachfolgen, und der eheliche Reich wird unter ganzem Geld schlingen, und dann wird er hängen und sich die dritte Frau nehmen. Der bringt es auf seinen Rücken, wie der Ritter Hansert, von dem wir die Großmutter erzählt hat. Ah, Vater, wenn wir doch den geistlichen Reich nicht unter Bauwunder anvertraut hätten! Wie gut hätte es die Bauwunder, wenn sie nicht zu Hause wäre."
Der Müller hörte die Klagen seiner Frau mit hohem Schweigen an. Er hatte seinen Schwiegerknecht geküßt, aber er verließ diesen doch tief in seiner Brust. Er suchte seine Frau mit der Berührung zu trösten: "Hat der Professor die Bauwunder einmal über den Berg gebracht, bringt er sie auch das zweite Mal herüber. Hoffe es nur noch zu früherer Stunde. Sped. Schinken und Bierchen, wenn der Professor nach Berlin macht. Ich werde ihm alle Mittel einen Geld den höchsten Reich schenken, daß er nur ja kommt, denn eben der Professor ist unter Bauwunder verstorben."
Schwierig froh hatte eingestrichelt, darauf folgt ganz unermüdet Kampfe, daß wieder von Reich abgelehnt wurde. Es entstand Streit, daß den Vorzug verdrängte wurde. Von allen Seiten drückte man die Hände in die Schenke, damit sie nicht beschlagen wurden. Der alte Richter, Hermann und die Beiden hatten alle Hände voll zu tun. Es war eine Freude zu sehen, wie Großmutter Bierchen bei der Arbeit ihren Platz fand.
Der Bauwunder des Bauwunder, von außer großen Leistungen auch Friedenens gebrachte, brachte einen schönen Holzhack zum Schenke. Das alte Tier war prachtvoll gemacht, den dem gerichtlichen Reich es zu den Hüften war alles an ihm von höherer Vollendung, aber für einen Augenblick sah er auf dem rechten Vorderfuß.
"Ein Stiefknecht!" lobte Großmutter Richter. "Der bringt ihn ja zu dem ersten Platz hier!"

wo wir bloß zwei Wälder gegenüber einer Unzahl bürgerlicher Wälder haben. Ein Wälderbeitrag von 20 bis 40 Pf. ist nicht einmal genug zur Ausgestaltung der Entwässerung des Gebietes.

Frankfurt a. M.: Die Hauptaufgabe für die nächste Zeit muß sein, die nach der Revolution zu uns gekommenen Massen im Geist des Sozialismus zu erziehen. Nur die Partei wird sie erziehen, die über die Parteien Köpfe und die besten Kräfte besitzt.
Cöln-Berlin: Wir müssen dahin streben, unsere Lebensnotwendigkeit zu sichern, falls die Wirtschaft aber richtiger als unter Streben gegen Frankreich. Natürlich nehmen wir in unserer bedingten Lage Vorteile von England an, aber wir dürfen sie niemals auf Kosten Frankreichs annehmen. Kommen wir zu seiner rechten Verständigung mit Frankreich, dann werden wir nie aufhören, in Europa Arien zu haben.

Edward Bernstein: Ich bin mit dem Gedanken versehen, daß es ein gutes Verhältnis mit Frankreich hergestellt werden muß. Die Verständigung mit Frankreich ist ein Lebensbedürfnis Deutschlands, aber wir dürfen uns die Schwierigkeiten dabei nicht verhehlen. Der französische Militarismus ist heute viel härter als der deutsche. Die französischen Sozialisten werden größeren Einfluß auf die äußere Politik haben, wenn sie eine tüchtigere innere Politik machen und nicht den Weg nach Kollas einschlagen. Die deutschen Unabhängigen haben sich diesen Kampf selbst unterwerfen, daß sie jetzt die volle Verantwortung auch noch hätten annehmen können. (Sehr richtig.) Auf dem Parteitag in Berlin hat der Kommunisten-Vorstand auf dem Standpunkt gehalten, daß der Sieg des Kommunismus in Deutschland das Ende in Deutschland zunächst bezeichnen wird. Als verantwortungsvolle Politiker wollen wir dieses Stand von unserem Volksverhalten und Leben alle politischen Maßnahmen ab.

Frau Bohm-Schuch: Die wirtschaftlichen Fragen stehen jetzt im Vordergrund. Die Frauen und die Jugend sind Lebensnotwendigkeiten für jede Partei. Wir bedauern, daß die "Gleichheit" zu wenig gelesen wird.

Stilman-Gharallenburg: Gerade weil die Interessen des arbeitenden Volkes unter der gegenwärtigen Regierung schwer leiden, sollte man sich in Zukunft hüten, alles leicht das "Kauf" aus der Regierung zu ruhen. Gewiß muß die gegenwärtige Regierung weggeworfen werden, aber erst, wenn wir sicher sind, nach den Wahlen sofort eine Regierung bilden zu können. Die französische Sozialdemokratie ist zu schwach, eine Revision des Friedensvertrages können wir nur von den englischen Arbeitern erwarten.

Edoll Braun: Die französische Delegation hat in einem Jahre eine so große Summe, wie die ganze französische Kriegsentlohnung von 1870 ausgemacht hat. Ich würde vorschlagen, daß man einen Revisionspendium gibt für Reisen durch besetzte Gebiete, damit er nicht noch einmal eine solche Rede vor uns verlesen kann. (Stürmischer Beifall.)

Frau Juchacz: Der Rückgang der Zahl der weiblichen Parteimitglieder erklärt sich aus den wirtschaftlichen und körperlichen Leiden der Frauen in der gegenwärtigen Zeit.

Dr. Sätzeim-Bernberg: Die Reaktion wächst am stärksten in Bayern. Sondern wir haben nicht ohne Grund seinen Wohnort dort verlegt. Die bayerische Reaktion ist jetzt zu einer deutschen Frage geworden. Fordert doch die bayerische Volkspartei in ihrem Programm das Recht der Wiederherstellung der Monarchie in Bayern. Die bayerische Sozialdemokratie werden den Abhängigkeitsbestrebungen härteren Widerstand entgegenzusetzen. Wir können nur die einzige Gesamtpartei, nur eine Staatsregierung, die Republik und nur eine Politik, Demokratie und Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Dienstag vertagt. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 268 Delegierte anwesend, 8 Mitglieder der Kontrollkommission, 40 Mitglieder des Parteivorstandes, 16 Mitglieder des Parteivorstandes, 17 Vertreter der Reichstagsfraktion, 4 Referenten und 6 Vertreter der Parteimitglieder. Alle Mandate werden debattierlos für gültig erklärt.

Stadtratsgeschäfte und Verwaltungstragen.

Fortsetzung des Stadtratsordnungs-Berichts vom 12. Oktober.
Stadtr. Brunzen (Dtnatl.) findet die Ausführungen Rehrs über die Kartoffelzucht durch Großhändler und Agrarier als ungeheuerlich. Er richtet öffentlich den Appell an alle Landwirte im Interesse der Stadtbevölkerung alle Kartoffelvorräte schnellstens abzugeben.
Stadtr. Len (Unabh.): Unter den sechs Vorstandsmitgliedern des Wirtschaftsamtes müßte mindestens ein Sozialist sein. Der Name des Stadtrats Grünspan wird von den Bürgern immer in besonderer Weise betont, obwohl dieser bisher immer nur für die Sünden der Bürgerlichen gebüßt hat.

"Den haben wir doch erst vor vierzehn Tagen gekauft," antwortete der Rehr. "Er lohnt sich aber. Ein Hundel hier ist es schon. Es hat aber verdammt Hunger. Sehen Sie sich vor, Rehr!" sagte er zu Hermann gewandt. "Der Hund ist ja aus, daß die Hundel nicht." "Holla, das ist eine Arbeit für mich!" rief Großmutter Richter vergnügt an. "Die laßt ich mir nicht von dir fortjagen, Hermann!" "Hörten Sie sich immer das Scherke anzuhören, Vater?" fragte Hermann. "Hören Sie mich den Hund beschlingen, Vater." "Das möchte ich kaum bei bestimmtem Braut," versetzte Vater Richter vergnügt. "Das Hund gab verschiedene Zeichen dem Herrchen. Die große, hervorstechende Nase des alten Rehrs glitt beschleunigend über sein glattes, seidnenes Fell und er sagte schmeichelnd: "Bist ja ein gutes, kleines Tier!" "Der Hund hat den seinen Kopf, sag Schmeichler die kalte, trübe Winterzeit ist es noch sehr sehr dem ruhig bis Eifen abnehmen. Ich das letzte Eifen entfernt war, fiel ein kleines Streichen zur Erde, das sich zwischen Gut und Eifen bewegte." "Rehr! hat er gelächelt!" rief der Rehr. "Wie ich ihn nicht beschlinge, auch ich den Hund abnehmen," sagte der alte Rehr. "Hört mir die, Hermann!" befahl er dem jüngsten Rehr, den er notwendig hinzubrugte. "Der Herrchen ist eine Grinasse und jagung dann mit einem Satz zur Erde, dadurch wurde das ebenfalls angelegte Tier schon, es schlug mit dem Kopf auf dem Boden auf, und ein fürchterlicher Schrei kam von dem Rehr gegen die Brust. Mit einem Schreien, das sich Hermann seinen schmerzenden Vater in den Armen an. "Gib mir, mit größtem Eifer und größtem Eifer lag Rehr Vater in den Armen seines Sohnes." "Hilf mir bringen die Geheiß hinga. Gier hat eine Stuben, für mich, ein anderer rannte nach einem Clavett, daß er auf die Tür legte, dann haben sie den Schmeichler mit aller eifriger Eifer auf die ungeschickte Krugelgeheiß."

Stadtr. Kahn bekommt nachträglich einen Ordru n g e r u f weil er dem Stadtr. Scheller (Dtnatl.) auf den Zwischenruf: "Ein Unabhängiger muß ins Wirtschaftsamt" zugerufen hatte: "Aber nicht so ein Efel wie Sie". Kahn erwidert, daß er keinen Stadtr. persönlich gemeint habe, sondern allgemein damit sagen wollte, daß die Unabhängigen nicht so einen Efel wie die Deutschnationalen hinführen würden.

Die "Geschäfte" des Stadtrates Raube.

Stadtrat Raube (U. S. P.) sieht sich auf den Hinweis des Stadtr. Herrmann, daß auch andere als bürgerliche Stadträte Geschäfte gemacht hätten, bemüht zu erklären, daß er nur ein einziges Automobil-Geschäft mit der Stadt gemacht hätte. Die Offerte wäre aber schon vor seiner Wahl abgegeben und wurde das Geschäft denn im März gekündigt. So hätte er keine weiteren Geschäfte mit der Stadt gemacht und hielte auch darauf nur korrekte Geschäfte zu machen.

Nach Ablehnung eines Schlußantrages mit 17 gegen 17 Stimmen weiß

Stadtr. Brunzen (Dtnatl.) darauf hin, daß nicht alle Deutschnationalen denken, sondern diese auch teilweise Anhänger des Zentrums und der Demokraten wäre. Als er u. a. erklärt, daß er von Frau Len bisher immer gut behandelt wäre, ruft Aale Len: Weil ich Sie als sachlichen Gegner schätze.

Stadtr. Herrmann (Dem.) gibt ebenfalls teilweise den Agrariern an der jetzigen Kartoffelnot schuld. Dem Stadtrat Raube mache er wegen seiner Geschäfte keinen Vorwurf. Doch mußte festgestellt werden, daß nicht nur bürgerliche Stadträte Geschäfte machen, wie Kahn es in seinen Angriffen darstellte. Das Automobilgeschäft wäre im März abgeschlossen, also nach der Wahl Raubes zum Stadtrat, da diese im Januar erfolgt sei. Auf weitere Geschäftsangebote im Juni u. a. auf Benzina wolle er nicht eingehen.

Stadtr. Kahn (U. S. P.) weist demgegenüber darauf hin, daß auch der demokratische Stadtrat Neumann Geschäfte mit der Stadt gemacht habe, indem er Schuppen am Hafen gepachtet hätte. Im übrigen ginge er trotz der Aufforderungen Herrmanns wegen der Beweisführung über seine Angriffe gegen Stadträte erst dann zum Handeln über, wenn es ihm paßt. Jedoch würde er das Theater gern aufnehmen. Der Beweis hätte jedoch erst zu sein, wenn die Stadträte aus Paris zurück wären.

Der unabhängige Antrag auf Entsendung eines sozialistischen Stadtrates ins Wirtschaftsamt wird darauf mit 32 gegen 18 Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Polen abgelehnt.

Die Geschäftsführung der städtischen Sparkasse.

Ein unabhängiger Antrag will den Magistrat eruchen, die Geschäftsführung der Stadtsparkassen zwei gemeinsam verantwortlichen Bankfachleuten, zu übertragen und den jetzigen Sparkassenvorstand dann als Aufsichtsorgan zu bestellen. Ungebetete Kredite dürften nur durch Mehrheitsbeschuß des Aufsichtsorgans bewilligt werden.

Stadtr. Kahn (U. S. P.) führte zur Begründung aus, daß die Leitung der Sparkasse jetzt nicht in richtigen Händen läge. Das Publikum würde zu langsam abgefertigt. Statt ein verlangtes Scheckkonto hätte man Depostenkonto eingerichtet u. a. m. Es müßten daher zwei Fachleute in die Leitung. Auch die Hypothekendarlehen werden ganz willkürlich bewilligt. Einmal lehne man solche ab und andererseits habe man an Fuchs ein solches in Höhe von 1/4 Millionen erteilt. Der kaufmännische Geist fehle.

Stadtr. Lange (Dtnatl.) able dagegen Kritik an der Tätigkeit des Stadtr. Kahn im Sparkassenvorstand. Derselbe habe mal im Februar zwei Vorstandssitzungen besucht, sich aber dann nicht mehr sehen lassen. Auch Kahns Vertreter war nur zweimal anwesend. Die Sparkasse dürfe keine Bankgeschäfte tätigen, da dieselbe nur mindelsicheren Geldanlage diene. Die Konstituierung des Kreditausschusses dürfe auch die Tätigkeit der Sparkasse ändern und deshalb sollte es bis dahin besser beim bisherigen Zustande bleiben.

Stadtrat Loop gab an, daß der 43-Millionen-Kredit von der Stadt in kleineren Beträgen von 2 bis 3 Millionen auf drei Monate angefordert wäre, und habe er dabei auf Grund der Satzungen richtig gehandelt.

Im Laufe der Zeit hat sich der Kredit auf 43 Millionen gehäuft, doch wäre Deckung vorhanden. Die Kritik des Stadtr. Kahn wäre übertrieben.

Genosse Grünhagen hält den Antrag für verfehlt und ist für eine andere Zusammenfassung des Vorstandes. An Stelle des ehrenamtlichen Leiters sollte eine besoldete Kraft treten. Nicht einwandfrei verfahren sei mit dem Hypothekenantrag der freien Baugenossenschaft, wodurch diese besondere Untertanen in Höhe von 1000 Mark gehabt habe. Im übrigen

Es ist wunderbar, wie zart und lind arbeitsharte, schwierige Hände zugreifen können, wenn es gilt, einem geliebten Wesen Schmerzen zu ersparen; aber trotz aller Vorsicht begann der Versuch schon bei der leisesten Berührung qualvoll zu schmerzen. Die alte Frau Richter kam leichenblau herbei, sie zitterte am ganzen Leibe wie Spinnweb und war einer Schmachtpflicht. Quise dachte das Zeit ihres Schwiegervaters ab, ordnete die Kräfte und holte kaltes Wasser und Verbandzeug. Sie war sehr fleißig und ihre Augen schwebten in Tränen, aber sie nahm alle Willenskraft aufkommen, um ruhig zu erscheinen. Einer der Anrechte war auf dem schnellsten Pferde in die Stadt geritten, um den Arzt zu holen. Hermann und zwei von seinen Söhnen hatten den Schwerverletzten mit der größten Sorgfalt umgeben. Der alte Mann öffnete die Augen und sagte leise: "Mutter, es hat mich böse erwischt! Ich muß fort von dir." "Da laßt die alte Frau jammernd in die Arme nieder und stieß mit gefalteten Händen: "Sieber, guter Vater, tu mir das nicht an! Oder wenn es nicht anders sein kann, dann nimm mich mit. Ueber vierzig Jahre haben wir zusammen gearbeitet. Wir sind zusammen groß geworden, denn wie du mich nimmst, war die Wirtschaft viel kleiner. Ich habe dich wie im Stroh gelassen. Sieber, guter Vater, laße mich jetzt ins Stroh." "Mittel," sagte der alte Mann mit schwacher Stimme, "nach es mir nicht schwer. Ich gehe gar zu ungern von Euch fort. Schide nach dem Ernst und der Haulte. Ich muß ihm ins Gewissen reden, daß er besser mit seinem Weibe umgeht!" Quise schickte eine Magd in die "Goldene Sonne". Sie ließ dem Mädchen auf, den Wirt von dem Anglist zu unterstützen und ihn zu bitten, er möge mit seiner Frau sofort zu dem kranken Vater kommen und eine Flasche von seinem besten Wein mitbringen. Der Anglist hatte die junge Magd ganz außer Fassung gebracht. Sie ließ schnell in die Gaststube hinein und sagte trübend: "Guter Vater, Sie sollen so gut sein um eine Flasche von Ihrem besten Wein!" (Fortsetzung folgt.)

solle man auch die kostbare Zeit der Stadterordneten nicht zu Ermittlungsarbeiten der Sparkasse misbrauchen, sondern dazu seien die Angestellten da.

Nachdem Stadtd. Kahn den Antrag ergänzend erläuterte und statt Kaufschleute nur Kaufleute gestellt hatte, wurde der Antrag mit starker Mehrheit angenommen.

Stadtd. Roggenbusch (U. S. P.) vertrat darauf einen Antrag auf

Inbetriebsetzung der Straßenbahnlinie zum Werderort.

Nicht nur im Interesse der dortigen Bewohner, sondern auch für die Reisenden der Kleinbahn sei eine Wiederaufnahme dieser Straßenbahnlinie erwünscht.

Stadtd. Scheller (Dinail.) erwiderte den Antrag in dem er auch für die Wiederaufnahme der Linie Lenzgasse—Fischmarkt eintrat.

Darauf wurde der Antrag in der erweiterten Form angenommen.

Ueber einen Antrag der F. W. B. auf

Wahl von 4 Stadterordneten in das Ründigungsamt

entstand eine längere Aussprache.

Gen. Spill wies darauf hin, daß sich die städtischen Angestellten durch die ungenügende Organisation in den beruflichen Verbänden selbst rechtlos gemacht hätten. Solange sich die Angestellten nicht vollständig in den zuständigen Gewerkschaften organisieren, ist denselben nicht zu helfen. Der Antrag sei der schlechteste Dienst den man den Angestellten erweisen könnte.

Stadtd. Kahn (U. S. P.) konnte sich nicht verlagern, hierbei seine Begeisterung für die revolutionäre Käteibede zum Ausdruck zu bringen. Er erlaubte sich sogar den Witz, daß die Vertreter der modernen Gewerkschaften in das Lager der U. S. P. und R. P. D. gehören. (In welches?)

Nachdem die F. W. B. für den Selbstbetrug der Angestellten eingetreten war, wurde der Antrag angenommen.

Um 8 1/2 Uhr wurde darauf auf Antrag die öffentliche Sitzung geschlossen und in die geheime Sitzung eingetreten.

Der unabhängige Moskowiter Parteitag.

Der am Dienstag eröffnete Unabhängige Parteitag in Halle weist eine starke Mehrheit der Moskowiter auf, 220 zu 158. Der Begründungssatz lautete unter dem in riesigen Buchstaben prangenden Motto: „Es lebe die kommunistische Weltrevolution!“ Anwesend war fast nur die Linke, der Parteivorstand fehlte vollständig.

Die Spaltung war schon bei Beginn der Verhandlungen so weit vorgeschritten, daß man von einer einheitlichen Partei fast nicht mehr sprechen konnte. Tags zuvor hatten bereits getrennte Sitzungen stattgefunden. Auf dem Parteitag waren Rechte und Linke streng voneinander geschieden. Exemplen wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß der Parteitag in einer entscheidungsvollen Situation zusammengetrete. Es war ursprünglich beabsichtigt, den Parteitag später anzuberäumen. Es lagen aber zwingende Notwendigkeiten vor, so rasch wie möglich für unsere Partei die internationale Frage zur Entscheidung zu bringen. Die russischen Kommunisten stellen die Frage: Will die deutsche unabhängige Sozialdemokratische Partei bestehen bleiben oder aufgehen in der R. P. D.? Der Inhalt eines Pamphlets des Exekutivkomitees an die unabhängigen Parteimitglieder beweist, daß die Unabhängige Partei bei Annahme der Bedingungen zu bestehen aufhört. Damit ist die Frage klar gestellt und wir antworten auf diese Frage ebenso klar.

Er zweifle aber nicht daran, daß die U. S. P. D. auch aus diesen Stürmen ungeschoren hervorgehe.

Ueber die Wahl der Vorstehenden und des Bureau wurde eine Vereinbarung getroffen, daß von jeder Richtung ein Vorsteher vorge schlagen werden soll und das übrige Bureau der Partei ebenfalls paritätisch zusammengesetzt werden soll.

Zu Vorstehenden werden Dittmann von rechts und Braß von links gewählt. Hierauf folgt die Wahl der Schriftführer, je drei von jeder Seite, und der Mandatsprüfungskommission, auch je vier von jeder Seite.

Die Rechte schlägt vor, die Stellung zur Internationale gleich als ersten Punkt zu behandeln, da erst nach dieser Entscheidung das andere beraten werden könne. Adolf Hoffmann widersprach namens der Linken und hat, diesen Vorschlag der Rechten abzuweisen.

Der Antrag der Rechten wird mit 251 gegen 174 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Rechten wurde also ohne Zwischenfall abgelehnt und Frau Wisse Zick konnte den Geschäftsbericht erstatten, wobei ihre Angriffe gegen Koste und Bauer sehr billig waren.

Der Delegierte Beck erstattete den Bericht der Kontrollkommission, wobei er die außerordentlich mangelhafte Beitragsabführung an die Zentralstelle beklagte.

Der Kampf der beiden Richtungen um die Parteifläche dürfte daher kaum noch lohnend sein. Die weiteren Verhandlungen verliefen teilweise besonders bei den Referaten über die Frage der Internationale sehr stürmisch, worüber wir morgen berichten werden.

Danziger Nachrichten.

Die „Sühne“ für den 29. Juli.

Obwohl wir keine Veranlassung hatten die bei der Steuerm demonstration entgegen dem Willen der Demonstrationsleitung vorgekommenen Ausschreitungen zu beschönigen zu versuchen, sondern diese tieftraurigen Vorgänge von Anfang an scharf beurteilt haben und mit dieser Stellung mit dem weitläufig überwiegenden Teile der Danziger Arbeiterschaft und auch der Demonstrationsteilnehmer übereinstimmen, so sehr müssen wir es auch bedauern, daß sich der Schwurgericht zu den harten Urteilsprüchen verhalten ließ. Mag man von den Klagen der in der milderbemittelten Bevölkerung vorhandenen Erregung auch absehen, so wird man auch dann noch die gefällten Urteile in kein richtiges Verhältnis zu den Vorgängen bringen können. Hier haben Staatsanwalt — der in seinen Strafartikeln in einigen Fällen sogar noch weiter ging, als die Urteile — sowie die Geschworenen sich nicht als die Kenner der Volkseele erwiesen, die Richter besonders in solchen Fällen sein müssen. Hätten sie diese notwendigen Kenntnisse gehabt, so hätte der Gerichtshof gewünscht, daß diese harte „Sühne“ der Ausschreitungen mehr als überflüssig war. Während 99 Proz. d. der Arbeiterschaft auch ohne diesen Urteilspruch bereits jetzt in der ständigen Beurteilung der Ausschreitungen zur gefällten Erkenntnis gekommen waren — soweit der überwiegende Teil — nicht schon bereits vorher diesen Standpunkt eingenommen hatte —, daß mit derartigen radikalen Gewaltmethoden nichts zu beginnen sei, sondern von den Elementen scharf abräudt, wird einigen Rabauken die „Märtyrertode“ auf Haupt gedrückt.

Während für die Auffassung des Staatsanwaltes ist es, daß er im Gegensatz zu den Angeklagten wegen der Nachmittagsvorgänge für den nationalistischen Räubersführer Schneemann der Abendauschreitungen milde Umstände fand und bei diesem „eblere Motive“ feststellen wollte. Im übrigen war es eigenartig, zum Teil für die Angeklagten bezeichnend, daß sich die Anklage fast nur auf die gegenseitigen belästigenden Auslagen der Verhöfosten stütze. Auch dieses Moment verdient eine gewisse Beachtung, beweist es doch daß die Angeklagten nur noch an ihre Person dachten, um möglichst schonend davon zu kommen. Ursache, sowie Art der Ausschreitungen und das Verhalten der Angeklagten war also alles andere nur nicht „revolutionär“ und dann hätte auch das Gericht bei der Schulfrage von der Landfriedensbruch-Schuldfrage Abstand nehmen können. Wenn eine „Sühne“ notwendig erschien, wäre sie in anderer Form sicherlich wirkungsvoller gewesen.

Jedoch sind die Unabhängigen am allerwenigsten berufen diesen Prozeß politisch auszuwerten zu wollen. Ganz abgesehen davon, daß sich W a u vor Gericht selbst attestierte, daß er für die Beruhigung der Menge eingetreten wäre, wird aber auch durch das Verhalten einer ganzen Reihe unabhängiger Wortführer schon seit langer Zeit, besonders in Danzig, ein verderbliches Spiel mit dem Feuer getrieben. Wenn man wie eine besondere Leuchte der Unabhängigen nicht nur in öffentlichen Sitzungen sondern selbst in Versammlungen auf dem Lande stets nur eine gewalttätige Hundepettschaftspolitik predigt, so wird man sich kaum noch wundern, wenn einige ähnlich revolutionäre Gesinnungen die Worte in die Tat umzusetzen. Nicht nur die bürgerliche Gesellschaft sondern auch der falsch verstandene Rabulismus läßt „die Armen schuldig werden“. Gerade auch in dieser Hinsicht sind die harten Strafen menschlich zu bedauern.

Die Beschlagnahme der Kartoffeln

Im Freistaat verlangten die Kartoffelhändler von Danzig und Umgebung gestern in einer außerordentlichen Versammlung, die im Werkspeichergasse stattfand, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und über die augenblickliche Kartoffelknappheit hinwegzukommen, daß die Beschlagnahme der im Freistaat vorhandenen Kartoffeln erfolgen, weil mit dem Eintreffen der Lieferungen aus Polen infolge des Eisenbahnstreiks vor vierzehn Tagen kaum zu rechnen sein würde. Einige Redner betonten, daß sich die augenblickliche Kartoffelknappheit durch ein früheres Eintreffen mit Polen hätte vermeiden lassen. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die im Werkspeichergasse versammelten Kartoffelhändler von Danzig und Umgebung fordern die Sicherstellung der Kartoffelversorgung der Bevölkerung im Freistaat, insbesondere der Stadt Danzig, durch sofortige Beschlagnahme der Kartoffeln, um über die augenblickliche Knappheit hinwegzukommen.

Zur Ausarbeitung der Bedingungen, unter denen die Kartoffeln von der Kartoffelversorgungsgesellschaft den Kleinhändlern geliefert werden, wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, in der auch die Verbraucher vertreten sind.

Offentlich gelangt es dieser Kommission, den Kartoffelnotstand zu beheben. Doch wäre es eine weitere dankbare Aufgabe dieser Kommission, auch die neue gestern mitgeteilte Preiserhöhung eingehend zu prüfen, da ein Kartoffelpreis von 28,50 Mk. auf die Dauer unhaltbar ist.

Die Befestigung der Wohnungsnot.

Der Mieterverein hat in einer Sitzung erneut Stellung zur Wohnungsfrage genommen. Der Vorschlag, die Neubauten, die ohne Zuschüsse erbaut sind, von jeder Einkrankung in der Festsetzung der Mieten zu befreien, erscheint auch dem Mieterverein wenig wirksam. Die Neubauten würden eine Miete erfordern, die etwa 9 mal so hoch ist, wie die Vorkriegsmiete, so daß für diese Wohnungen nur Wohlhabende in Frage kommen, was aber keine Lösung der Wohnungsfrage bedeute. Zugiehende wohlhabende Leute könnten sich wohl auf eigene Kosten Wohnungen bauen. Das Siebungsamt müsse jede private Bautätigkeit unterstützen. Baupläze sollen zur Verfügung gehalten werden. Vor allem sollten aber die Kleingärten mit Baumwirtschaf sofort im Herbst vergeblich werden. Eine Bautätigkeit ohne öffentliche Beihilfe könne in nennenswertem Umfange nicht erfolgen, da nicht alle eine neunmal höhere Miete zahlen können. Würden aber die neuen Wohnungen von einer Mietsfestsetzung frei bleiben, so würden sich in nicht zu langer Zeit alle Mieten, auch in den alten Häusern, um etwa das Neunfache erhöhen. Die Besitzer alter Häuser würden ungeheure Gewinne erlangen und auf der anderen Seite würden entsprechende Erhöhungen der Löhne, Gehälter usw., unumgänglich notwendig werden. Es müßten also andere Wege gesucht und eingeschlagen werden. Dabei gebe man sich keiner Täuschung darüber hin, daß man in die eigene Tasche greifen müsse, denn ohne Geld kann die Wohnungsfrage nicht gelöst werden, auch nicht mit leichtfertiger Vermehrung der Schulden und übermäßiger Vergrößerung der Zinsnechtigkeit. Es wurde beschlossen, die Frage in einer öffentlichen Aussprache zur Klärung zu bringen, die am Montag, den 18. Oktober, abends 6 Uhr, in der Aula der Reichstädtischen Mittelschule stattfinden soll. Hochschulprofessor Köppl wird den einleitenden Vortrag über die Ursachen der Wohnungsnot und die Abhilfe halten. Hier soll auch die Frage der Bildung eines Wohnungsverbandes zur Erörterung kommen.

Vor dem Schwurgericht

wurde gestern zunächst gegen den Schneider Franz Hinz wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung verhandelt. Hinz war als Hilfsarbeiter bei der Kassenstelle des Frz. Bails, Oren, Regt. 5 in Danzig beschäftigt. Die Staatsanwaltschaft hat zwei Jahre zurück und sollte bereits in der vergangenen Schwurgerichtsperiode zur Aburteilung gelangen, mußte aber verlagt werden.

Hinz hatte sich heimlich im Zimmer des Oberzahlmeisters im Schwedenspark der Kassenstelle zu verbergen gewagt und den Scheck auf 10000 Mark abgeholt. Dann habe er die Unterschrift des Oberzahlmeisters gefälscht. Der Scheck gelangte durch die Reichsbank zur Auszahlung. Hinz habe sich durch erhebliche Ausgaben verdrängt gemacht. Die Staatsanwaltschaft wurde in seinem Notstand christlich und zu Verhöhnung der Anklage durch den Oberzahlmeister geübt. Die Geschworenen sprachen den H. gelagten zwar im vollen Sinne der Anklage schuldig, billigen ihm jedoch mildernde Umstände an. Das Urteil lautet unter Verurteilung derselben auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Die zweite Verhandlung richtete sich gegen den Arbeiter Heinrich Kasper a. l. mit dem Namen wegen Straßenschand. Kasper hatte sich unter dem Vorzeichen, ihm Wohl verkaufen zu können, mit dem Arbeiter Sonntag aus Danzig bekannt gemacht und von letzterem deswegen eine Anzahlung von 20 Mark verlangt. Am Sonntag, der an dem Tage bereits etwas getrunken hatte, auf die Angeklagte nicht einging. Letzter hat Kasper auf den Boden

Wäre, schlug in der Nähe der Sperdstraße hinstellend und lag ein und räumte ihm eine Brille mit 21 Mark. Auf die Aufforderung des Unterleuten hin, ersten Passanten hinzu und es gelang sehr schnell, den Verbreiter festzunehmen. Der zu der Verhandlung als Sachverständiger zugezogene Rechtsanwalt Dr. Busch behauptete auf Grund seiner Beobachtung des Angeklagten, daß derselbe in Folge von Alkoholgenuss als geistig minderwertig anzusehen sei, doch schied dieser Zustand die Verantwortlichkeit für die Strafbarekeit seiner Handlungen nicht aus. Der Angeklagte wurde des Straßenraubes schuldig befunden, wobei mildernde Umstände in Betracht zu ziehen seien. Demgemäß wurde Kasper auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis verurteilt.

Notwendigkeit des Wäbergerichtes.

Vor kurzem wurde vom Schöffengericht ein Kaufmann wegen Kettenhandels und Betruges zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl er einen Vermögensstand von 4500 Mark hatte. Der Kaufmann hatte 5000 Mark Geldstrafe und 4 Wochen Gefängnis beantragt. Diese Sache wurde in der Verbraucherkammer zur Sprache gebracht. Die Schuld an diesem Mißfall wurde bei den Schöffen gesucht. Die Sache wurde als ein Sammel für die Notwendigkeit einer Änderung des Strafgesetzbuches erklärt. Die Wäbergerichte müßten in Tätigkeit treten und die Schöffen müßten von den Organisationen gestellt werden. Die Kammer müßte die Händlerkassen, die Landwirtschaftskammer, die Erzeugerhöfen und die Verbraucherkammern die Verbraucherschöffen stellen. Der Vorstand wird in einer Eingabe an den Staatsrat für diese Reform eintreten.

Als vermutliche Diebstehende sind ein Posten Tabak, Pfeffer in Büchsen, Seife, sowie 2 Paar Schuhe, Feder, Garn, Wolle und Milch angehalten worden. Interessenten mögen sich im Polizeipräsidium Zimmer 41 in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags melden.

Polizeibericht vom 14. Oktober 1920. Verhaftet: 21 Personen, darunter: 8 wegen Diebstahls, 18 in Polizeifast. — Gejungen: 1 Federkassett mit Namen R. v. Niergenw. 1 r. Schm. Damenkofferschlüssel, 1 graue Handtasche mit Taschentuch, Spiegel und Aufweis für Frä. Conellen, abzuholen aus dem Hundebureau des Polizeipräsidiums, 1 loser Geldbetrag im Beschäft von Wegener, Fr. Wolwebergasse gefunden, abzuholen von Frä. Erna Jachelt, Grabengasse 8, 1 Schm. Damenkofferschlüssel, abzuholen aus dem Geschäft von Dombrowski, Pögggenpuhl 48, 1 Paar graue Damenhandschuhe, abzuholen von Herrn Max Sidor, Postf. Craden 19, 1 gold. Ring mit grünem Stein, abzuholen von Frau Emma Bogdan, Barbaragasse 18, 1 Epazierstock mit gebogener Hornkrücke, abzuholen von Herrn Kaufmann Bury, Friedensweg 8.

Ohre. Vom 15. Oktober kommen folgende Lebensmittel auf die Lebensmittelkarte zur Ausgabe: 250 Gramm Hafersoden zum Preise von 1,80 Mk. für das Pfund auf Marken 6 und 6 R., 250 Gramm Bienenhonig zum Preise von 12,50 Mk. für das Pfund auf Marken 5 und 5 R.

Am Dienstag hielt der Soziald. Verein Ohra seine Monatsversammlung ab. Gen. Böhler referierte über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Er wies auf die Notwendigkeit der Sozialisierung hin. Die Konsumgenossenschaften seien die praktischste Lösung der Sozialisierungsfrage und kommen wir damit am schnellsten zu unserem Ziele. Daher müsse sich jedes Parteimitglied auch Konsumgenossenschaftlich organisieren, so daß es dann möglich wäre, am 1. Januar 1921 einen Verkaufsplatz in Ohra aufzumachen. Der Redner fand großen Beifall und liehen sich viele Mitglieder in den Konsumverein aufnehmen. Gen. Bayer gab den Kassenbericht vom 8. Quartal. Die Einnahmen betragen 1107,30 Mark. Der Mitgliederbestand war 256. Dem Kassierer wurde die Entlastung erteilt. In Vereinsangelegenheiten wurden die Drücker Lebensmittelverhältnisse bemängelt. Der Gewisse Gültigkeitsstreben, schilberte eingehend die schlichten Verhältnisse auf dem Lande. Die Bauern verfertigen Brotgetreide und Vollmilch aus Vieh und das Vieh müßte hungern. Nach der Freigabe der Schrotmilchen geht sämtliches Getreide durch die Mühlen und wird fürs Vieh verbraucht. Diese Zustände wurden scharf kritisiert und müßte das Wirtschaftsamte eingreifen. Ebenso müßten alle Liebertreibungen zur Anzeige kommen. Die Versammlung wird gut besucht und wird die interessante Aussprache auch zur weiteren Parteibeteiligung anspornen.

Der sozialdemokratische Verein Joppot hielt Dienstag bei Bantelow eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung ab, in der zunächst Kassenangelegenheiten und Beitragsfragen besprochen wurden, hierauf referierte Genosse Minik-Danzig über die Zukunft der Unabhängigen Partei. Der Vortrag fand dankbare Zuhörer. Außerdem wurden noch 5 Kassierer gewählt.

Alba. Von Freitag, den 15. d. Mtz., ab kommen zur Verteilung: 250 Gramm Hafersoden, 500 Gramm Vollkornmehl und 500 Gramm Marmelade auf Marke 2 der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften zu den bekannten Preisen. Außerdem werden auf die vorbeschriebene Marke 2 Schachteln Streichweger zum Preise von 85 Pfg. pro Schachtel verabsichtigt, 250 Gramm Grieß auf Marke 18 der grünen Nährmittelzulagelkarten und Marke 39 der rosa Nährmittelzulagelkarten und 125 Gramm Grieß auf Marke 33 der lila Nährmittelzulagelkarten zum Preise von 82 Pfg. pro Pfund bei Kaufmann Otto Dieß. Wer die ihm zugehenden Waren bis Montag, den 18. d. Mtz., abends 6 Uhr, abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

Standesamt vom 14. Oktober 1920.

Todesfälle: Frau Jacoba Stangert geb. Hüschmann, 63 J. 3 R. — S. des Arbeiters Albert Engler, 8 Mtz. Johann Ferdinand Mtz, 69 J. 8 R. — Röhrenbauer Carl Mühlberg, 21 J. 4 R. — Witwe Johanna Kaufmann geb. Engel, 70 J. 10 R.

Wasserhandlungsberichte am 14. Oktober 1920

gestern heute		gestern heute	
Danziger Wasserwerke	1,08	1,04	1,04
Städt. Wasserwerke	1,04	1,04	1,04
Schönb.	0,70	0,70	0,70
Salzberg	0,64	0,62	0,62
Reinholdsb.	2,00	2,00	2,00
Thora	0,50	0,52	0,52
Borsben	0,43	0,44	0,44
Calm	0,58	0,56	0,56
Gräber	0,49	0,50	0,50

Lezte Nachrichten.

Ausstellung des polnischen Arbeitervereins.
Nachdem am 11. Mtz. die polnischen Arbeitervereine in Danzig eine gemeinsame Versammlung abgehalten hatten, beschlossen sie, am 20. Mtz. eine gemeinsame Ausstellung in Danzig abzuhalten. Die Ausstellung soll in der Aula der Reichstädtischen Mittelschule stattfinden. Die Ausstellung soll die polnischen Arbeitervereine in Danzig zeigen. Die Ausstellung soll die polnischen Arbeitervereine in Danzig zeigen.

